



wohnbaugenossenschaften schweiz

verband der gemeinnützigen wohnbauträger

coopératives d'habitation Suisse

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

MEDIENMITTEILUNG

Zürich, 6. Juli 2020

Schweizer Wohnbaugenossenschaften fordern stärkere Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus

Abstimmungsanalyse: Bevölkerung wünscht sich mehr preisgünstigen Wohnraum, aber auch mehr Transparenz von den Genossenschaften

Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» hat im Februar mit 43 Prozent Ja-Stimmen einen Achtungserfolg erreicht, aber nicht in der ganzen Schweiz eine Mehrheit gefunden. Eine detaillierte Abstimmungsanalyse zeigt nun: Die Zustimmung zur Initiative hängt stark von der politischen Orientierung und der persönlichen Betroffenheit ab. Doch mit den generellen Anliegen der Initiative nach mehr preisgünstigem Wohnraum ist eine grosse Mehrheit der Bevölkerung einverstanden. Die meisten Stimmberechtigten befürworteten Fördermassnahmen für mehr preisgünstigen Wohnraum. Für den Verband der Schweizer Wohnbaugenossenschaften ist dies ein klares Signal im Hinblick auf die künftige Wohnraumförderung.

Ob jemand der Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» zugestimmt hat oder nicht, hängt stark mit der politischen Orientierung und der persönlichen Betroffenheit zusammen. Personen, die sich dem linken politischen Spektrum zuordnen und Haushalte, die eher hohe Wohnmietkosten aufweisen, haben häufiger Ja gestimmt. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse des Forschungsunternehmens Sotomo. «Es ist schade, dass der gemeinnützige Wohnungsbau offenbar noch immer in einem Links-Rechts-Schema diskutiert wird», erklärt Eva Herzog, Präsidentin von Wohnbaugenossenschaften Schweiz. «Denn der gemeinnützige Wohnungsbau lässt sich nicht in eine Schublade stecken. Er erbringt einen Nutzen für die ganze Gesellschaft und für alle Bevölkerungsgruppen. Diesen gesellschaftlichen Mehrwert müssen wir noch stärker sichtbar machen.»

Wunsch nach mehr preisgünstigem Wohnraum und nach mehr Transparenz

Die Abstimmungsanalyse zeigt auch, dass die Mehrheit mit den generellen Anliegen der Initiative einverstanden ist: Neun von zehn Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern sind der Ansicht, dass die Wohnkosten in der Schweiz zu hoch sind, und zwei Drittel finden, dass Wohnen ein Grundrecht ist und nicht gänzlich der freien Marktlogik überlassen werden sollte. Die Mehrheit befürwortet denn auch Massnahmen zur Förderung von mehr preisgünstigem und gemeinnützigem Wohnraum. Gleichzeitig wünscht sich der Grossteil der Befragten klarere Regeln für die Vergabe der gemeinnützigen Wohnungen. «Die Anliegen der Bevölkerung nehmen wir ernst und sie sind auch für die öffentliche Hand ein klares Signal: Es braucht eine stärkere Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus», erklärt Urs Hauser, Direktor von Wohnbaugenossenschaften Schweiz. «Wir nehmen aber auch den Wunsch nach mehr Transparenz ernst. Wir müssen zeigen, wie der Zugang zu den genossenschaftlichen Wohnungen funktioniert.»

Die Abstimmungsanalyse zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» wurde vom Forschungsunternehmen Sotomo im Auftrag des Bundesamts für Wohnungswesen im Hinblick auf die Fortführung der bestehenden Massnahmen zur Förderung des preisgünstigen Wohnraums erstellt. Sie kann hier heruntergeladen werden:
<https://www.bwo.admin.ch/bwo/de/home/wohnungspolitik/studien-und-publikationen/abstimmungsanalyse.html>



wohnbaugenossenschaften schweiz

verband der gemeinnützigen wohnbauträger

coopératives d'habitation Suisse

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

Wohnbaugenossenschaften Schweiz ist die Dachorganisation von mehr als 1200 Wohnbaugenossenschaften und weiteren gemeinnützigen Wohnbauträgern mit insgesamt über 150'000 Wohnungen. Der 1919 gegründete Verband steht im Dienste seiner Mitglieder, die auf gemeinnütziger Grundlage preisgünstigen Wohnraum erstellen und bewirtschaften. Zusammen mit ihnen strebt er im ganzen Land eine ausreichende Versorgung mit preisgünstigem, vorzugsweise genossenschaftlichem Wohnraum an. www.wbg-schweiz.ch, info@wbg-schweiz.ch

Pressekontakt:

Eva Herzog, Präsidentin: 079 790 34 79, eva.herzog@parl.ch

Urs Hauser, Direktor: 044 360 26 64, urs.hauser@wbg-schweiz.ch

Medienstelle Wohnbaugenossenschaften Schweiz: 044 360 26 66, rebecca.omoregie@wbg-schweiz.ch